Chef-Redakteur:
Arthur Levysohn in Berlin.

Montags-Ausgabe.

Druck und Verlag:
Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 254. | Berlin, Montag, den 23. Mai 1887. | XVI. Jahrgang.

Sonntags-Telegramme.

Obr. Paris, 22. Mai, 9 Uhr 30 Min. Vorm. Je länger die augenblicklich stillstehende Krise andauert, desto mehr erhitzt sich die Meinung für und gegen Boulanger. Die Republikaner klammern sich an Freycinet an. Devès räth, ein Kabinet aus Mitgliedern der Budgetkommission und Senatoren zu bilden. Clemenceau erklärt sich nach wie vor bereit, ein Ministerium zu bilden; er würde Rouvier und Spuller in dasselbe hineinnehmen. Eine vielfach kolportirte Kombination ist, Floquet werde die Neubildung versuchen und das alte Ministerium bis auf Goblet, Dauphin und Millaud beibehalten und an deren Stelle Rouvier und ein Mitglied der Union der Linken eintreten lassen. Dies ist jedoch, da Floquet in Petersburg bekanntlich mit Mißtrauen angesehen wird, wenig wahrscheinlich. Das Blatt Grevys „La Paix" hält nur ein Versöhnungs-Ministerium für möglich. Die Monarchisten sehen mit Gleichmuth der Möglichkeit der Kammerauflösung entgegen, vor welcher Grevy, der sich gar nicht mehr zu rathen weiß, noch zurückschreckt.

W.T.B. Paris, 21. Mai. Die Zeitungen enthalten eine Mittheilung des Kriegsministeriums, in welcher es als unwahr bezeichnet wird, daß von Seiten irgend eines Deputirten bei dem Kriegsminister Boulanger Schritte wegen Zurückziehung des Gesetzentwurfs über Mobilisirung eines Armeekorps geschehen seien.

W.T.B. Petersburg, 21. Mai. Der kaiserliche Sonderzug traf mit Kaiser und Kaiserin Vormittags 11 Uhr in Tula ein.

W.T.B. Brüssel, 22. Mai. Gestern Abend hielten die hiesigen Arbeiter in der Maison du peuple eine Versammlung ab zum Zweck der Berathung über allgemeine Arbeitseinstellung. Die Mehrzahl der Delegirten sprach sich zwar gegen eine allgemeine Arbeitseinstellung aus; sollte dieselbe aber doch beschlossen werden, so würden sie daran theilnehmen. Unterdessen sollen Kundgebungen ins Werk gesetzt werden, um das allgemeine Stimmrecht und Amnestie zu erlangen. Nach Schluß der Versammlung durchzog ein Haufen von etwa 600 Arbeitern die Straßen der Stadt unter Absingen der Marseillaise und unter dem Rufe: „Es lebe die Amnestie und die allgemeine Arbeitseinstellung!" Die Absicht des Arbeiterhaufens, bei dem königlichen Palast vorüberzuziehen, wurde durch die Polizei ohne jeden Zwischenfall verhindert.

Obr. Paris, 22. Mai, 9 Uhr 55 Min. Vorm. Angesichts des Aufsehens, welches die „Enthüllungen" des „Figaro" über die angeblichen kriegerischen Absichten Deutschlands gegen Frankreich aus dem Jahre 1875 machen, läßt die Regierung durch die „Agence Havas" den „Figaro" wegen seiner unpatriotischen Haltung tadeln. Man ist sich hier nicht klar darüber, ob eine Verletzung des Amtsgeheimnisses von Seiten Leflô's, des damaligen Petersburger Botschafters, vorliegt.

Hm. Wien, 22. Mai, 10 Uhr Vorm. Sämmtliche Blätter besprechen Tisza's gestrige Erklärungen betreffs Bosniens zustimmend und konstatiren deren Gleichartigkeit mit den Berliner Enthüllungen.

Informationen.

M. Von gutunterrichteter Seite wird uns bestätigt, daß die gerichtliche Untersuchung wegen der Ermordung des Polizeiraths Rumpff, welche wohl niemals ganz geruht hat, neuerdings wieder aufs Eifrigste betrieben wird. Die Behörde zu Frankfurt a. M. hat bereits zahlreiche Beweise in Händen, daß die seit Kurzem im dortigen Gefängniß untergebrachten drei Anarchisten Mitschuldige des Schustergesellen Lieske sind; es ist deshalb nicht unwahrscheinlich, daß ein zweiter sensationeller Prozeß wegen der Ermordung Rumpffs demnächst die Gerichte beschäftigen wird.

Politische Wochenschau.

Von Arthur Levysohn.

Die längst erwartete Ministerkrisis ist in Frankreich eingetroffen. Das Ministerium Goblet-Boulanger ist durch ein Votum hinweggespült worden, welches dadurch nicht weniger bedeutungsvoll ward, daß es sich für die Oeffentlichkeit lediglich auf finanzielle Rücksichten gründete. Herr Goblet war mit dem Programm ins Amt getreten, das Gleichgewicht im Staatshaushalt durch Reformen und Ersparnisse derart herzustellen, daß die Lasten des steuerzahlenden Volkes nicht erhöht würden. Diese Versprechungen hatte der Ministerpräsident mit seinem Finanzminister Dauphin nicht nur nicht gehalten, sondern er war sogar auf den für französische Begriffe sonderbarsten Ausweg verfallen, alles Budget-Heil in der Einführung einer Einkommensteuer zu erblicken. Damit bot er seinen Widersachern im engeren republikanischen Lager die erwünschte Handhabe, gegen ihn eine Koalition aus den verschiedensten Parteischattirungen zusammenzubringen, um so mehr, als er der allmächtigen Budgetkommission mit der unerhörten Zumuthung — die man anderswo vielleicht ganz natürlich gefunden hätte — mit der Zumuthung gegenübergetreten war, sie möge doch selbst jene Vorschläge machen, durch welche sie das Gleichgewicht der Staatsfinanzen lediglich auf dem Wege der Ausgaben-Streichungen zu erzielen vermeine.

Wenn es sich in der Republik wirklich blos um die Finanz- und Steuerfrage gehandelt hätte, — deren Dringlichkeit allerdings angesichts der immer höher anschwellenden militärischen Ausgaben unverkennbar geworden, — wenn es sich blos um solche finanzielle Budgetfragen gehandelt hätte, so würde sich schließlich doch vielleicht ein Einvernehmen haben erzielen lassen. Allein Goblet war persönlich unbeliebt. Der Kriegsminister General Boulanger, der sich, ohne bisher in der Lage gewesen zu sein, als siegreicher Feldherr zu glänzen, doch mit Hilfe einer geschickt geleiteten ultrapatriotischen Reklame mehr und mehr in die Rolle eines „Bonaparte vor dem 18. Brumaire" hineinwuchs, däuchte den ehrlichen Republikanern gefährlich. Seine Reglementirsucht und die Absicht einer partiellen Mobilmachung mit ihren Kosten und Störungen des friedlichen Geschäftsverkehrs erschienen einerseits den militärischen Routiniers unzeitgemäß, wie andererseits den kapitalistischen Vertretern von Handel und Verkehr überaus bedenklich. Dazu kam, daß Boulangers Verbleiben im Kabinet die auswärtigen Beziehungen der Republik von Tag zu Tag prekärer machte, da dieser General nun einmal, mit Recht oder Unrecht, als die ausschließliche Verkörperung des Revanchegedankens galt.

So wurde denn, trotz der ostensibel aufgeworfenen Finanz- und Budgetfrage, das Verbleiben Boulangers im Kabinet die eigentliche Grundursache, um derenwillen Frankreich abermals in den Strudel einer Ministerkrisis, der dreiundzwanzigsten seit dem Bestehen der Republik, gestürzt wurde. Als es sich nun darum handelte, diese Krisis durch die Neubildung eines Kabinets zu beschwören, hieß es, wie bei Schiller:

„Einen Nachen seh' ich schwimmen,
Aber ach, der Fährmann fehlt!"

Die Mehrheit, welche Goblet und Genossen gestürzt hatte, bestand zum großen Theil aus Mitgliedern der royalistisch gesinnten Rechten, aus Anhängern des radikalen Clemenceau und aus den Getreuen Jules Ferrys, vom gambettistischen Lager, welche hiermit zum ersten Male wieder in eine offene politische Aktion eintraten und somit bewiesen, daß ihr Führer sich durchaus noch nicht zu den Todten werfen lasse. Im Gegentheil, seine Aussöhnung mit Freycinet, die seiner Zeit unter Mitwirkung des Präsidenten der Republik vor sich gegangen war, hatte das zwiegespaltene Opportunisten-Heer wieder gesammelt, und Ferry war resignirt und klug genug, vorerst Freycinet noch als Führer voranmarschiren zu lassen. So sollte denn auch Freycinet die Kabinetsbildung versuchen. Er wollte sie ohne Boulanger vornehmen und ist dabei nicht nur auf den entschiedensten Widerspruch Clemenceaus gestoßen, der seine radikale Partei nicht ein zweites Mal durch ein opportunistisch-radikales Mischkabinet in Verruf bringen lassen wollte, sondern auch auf eine halb-revolutionäre Patrioten-Bewegung, welche in bisher unerhörter Weise, mit Petitionen, Kundgebungen und selbst Straßendemonstrationen das Recht der Beeinflussung einer neuen Kabinetsbildung für die Anhänger der Patriotenliga mit Beschlag belegen wollte.

Der Geschmack an solchen Strebungen war ihnen augenscheinlich bei der Lohengrin-Affaire gekommen. So geschah es denn, daß trotz aller feinangelegten Versuche, die Boulangerfrage nicht als den Urgrund der Ministerkrise erscheinen zu lassen, sich doch Niemand durch die ostensibel aufgeworfene Finanzfrage foppen ließ. Niemand — außer Grevy, der es für gut fand, nachdem Freycinet das erhaltene Mandat zur Kabinetsbildung zurückgegeben, sich lediglich an die Außenseite der Verwickelung zu halten und den Präsidenten der Budgetkommission, Rouvier, als das eigentliche „Karnickel, das angefangen," mit der Mission zu betrauen, ein neues Ministerium zu gestalten. Aber auch Rouvier sah sich der Boulangerfrage gegenüber, und man muß gestehen, daß, wenn der Kriegsminister nun als eiserner Bestand doch in das neue Kabinet mit übergehen sollte, seine Stellung alsdann eine viel einflußreichere und viel bedeutungsvollere sein würde, als je vorher, da gewissermaßen damit seine Unabsetzbarkeit ausgesprochen worden wäre. Boulanger würde dann für Frankreich den festen Pol in der Erscheinungen Flucht darstellen und der Schritt von diesem Punkte zur wirklichen Militärdiktatur wäre kaum größer als der bekannte eine Schritt, der vom Lächerlichen zum Erhabenen führt. Das Ausland verfolgt diese Entwickelung der Dinge in der französischen Republik mit einer egoistischen Theilnahme, welche immer erzeugt wird, wenn sich Ereignisse vollziehen, deren Konsequenzen wir, ob wir wollen oder nicht, mitzutragen haben, und das ist namentlich für uns Deutsche diesmal der Fall.

Viel weniger berühren uns da die Vorgänge in dem nicht minder benachbarten Belgien, wo erneute Arbeitseinstellungen der Bergwerks- und industriellen Arbeiter die Gemüther schier bis zur Siedehitze erregen. Es hat sich dort gezeigt, daß seit Jahresfrist, als die erste große Streik-Bewegung das Land unterwühlte, nicht das Mindeste geschehen ist, um den unleugbar vorhandenen Mißständen abzuhelfen. Die agrarischen Kreise des gewerbfleißigen Ländchens haben sogar die Zeit für gekommen erachtet, um durch Einführung eines Viehzolles den ohnehin schwer belasteten Arbeitern den Fleischkorb noch höher zu hängen. Diese zollpolitische Ueberhebung bot den unermüdlich im Geheimen wühlenden Agitatoren den erwünschten Anlaß, die Massen mit sich fortzureißen, und so steht Belgien am Rande eines Abgrundes, den man ohne Uebertreibung als offenen Bürgerkrieg bezeichnen darf.

Diese Unverschämtheit der belgischen Agrarier sollte anderwärts als warnendes Beispiel wirken. Allein wie die Dinge liegen, scheinen die Lehren der zeitgenössischen Geschichte für die Agrarier, wenigstens bei uns in Deutschland, keine Beweiskraft zu haben. Die Aechtung der Kunstbutter, die sie selbst gegen die warnende Stimme des Ministers v. Bötticher im deutschen Reichstage durchgesetzt, die Monopolisirung der Spirituserzeugung zu Gunsten der bestehenden Kartoffelbrennereien, die geplante abermalige Verdoppelung der Getreidezölle, Alles das zeigt genugsam, wie sehr die agrarische Partei bei uns die Klinke der Gesetzgebung in der Hand zu haben meint und wie wenig sie geneigt ist, den berechtigten Anforderungen anderer staatsbürgerlichen Schichten Rechnung zu tragen.

Und dennoch sollten, wenn schon das belgische Menetekel von unsern Agrariern unverstanden bleibt, ihnen die Vorgänge im russischen Reiche beweisen, daß allzuscharf schartig macht, und daß sogar die czarische Selbstherrlichkeit sich den einmal gegebenen Verhältnissen anzuschmiegen versuchen muß. Dem Kaiser Alexander III. wird es, angesichts der eben entdeckten Verschwörungen, nicht leicht geworden sein, sich zu seiner Reise ins Land der Donischen Kosaken zu entschließen — aber er muß diese Reise doch für so unaufschiebbar gehalten und sich so wenig als Herr gefühlt haben, der eine solche Ceremonie ungestraft verabsäumen dürfe, daß er sich doch zu dem immerhin nicht ungefährlichen Wagstück der Reise entschloß. Ganz gegen jede russische Tradition ließ er dem geruhig zuschauenden Europa täglich vier bis fünf telegraphische Bulletins über sein Thun und Lassen in dem Lande der Donischen Kosaken zugehen, deren alte Privilegien er mit einer Uneingeschränktheit erneuerte, um welche die Balten der russischen Ostseeprovinzen die Hetmans und ihre Gefolgschaft ehrlich beneiden werden. Daß man gleichzeitig die Abwesenheit des Czaren von der Hauptstadt benutzte, um die Hinrichtung einer Anzahl der Verschworenen vom 13. März zu vollziehen, zeigt besser als alles Andere, daß auch die russischen Senatoren den Mikado gesehen haben, in welchem der Reichsoberhenkermeister die klassisch gewordenen Worte singt: „I can't see blood".

Wilbrandt und das Burgtheater.

Von Wilhelm Hermann.

Mitten in der festesfrohen Bewegung, welche das Wolter-Jubiläum in allen kunstfreundlichen Kreisen Wiens hervorgerufen hatte, tauchte plötzlich das Gerücht auf, Direktor Wilbrandt sei entschlossen, zurückzutreten. Anfangs stieß die Kunde ziemlich allgemein auf entschiedenen Zweifel. Scherzhaft wurde geäußert, man wolle offenbar das Jubiläum der großen Tragödin „stilgerecht" gestalten und es demgemäß auch nicht ohne ein „tragisches Moment" vorübergehen lassen. Allein man erfuhr bald, daß es sich weder um einen Scherz, noch um ein vages Gerücht handle.

Sogenannte eingeweihte Personen wußten zu berichten, daß Direktor Wilbrandt schon vor dem Wolter-Jubiläum seinen Rücktritt an berufener Stelle in aller Form angemeldet und nur ersucht habe, die Sache vor der Hand nicht zu veröffentlichen, damit eben die Wolterfeier ohne Mißton vorübergehen könne. Man erinnerte sich auch, daß Wilbrandt bereits vor mehr als Jahresfrist sein Amt niederlegen wollte. Damals wurde sein Entlassungsgesuch nicht bewilligt, er erhielt nur zur Kräftigung seiner angegriffenen Gesundheit einen zweimonatlichen Urlaub, den er in Italien verbrachte. Es war dies im Februar des vorigen Jahres. Dann kam er wieder nach Wien und führte die Direktionsgeschäfte weiter. Aber die Gründe, die ihn damals zum Ansuchen um seine Entlassung bestimmten, wurden seither keineswegs aus der Welt geschafft, eher haben sich dieselben vermehrt und verstärkt. Dieser Gründe giebt es verschiedene.

Wilbrandt selbst will allerdings nur einen einzigen gelten lassen, er sagt nämlich, die Direktion des Burgtheaters absorbire seine Kraft vollständig, der Bureaukratismus drohe förmlich von ihm Besitz zu ergreifen, er aber wolle nicht vertrocknen und nicht verknöchern, sondern er wünsche wieder dichterisch zu schaffen, und dies könne er nur, wenn er den Aktenstaub von sich schüttle und wieder frei und unabhängig werde. Epische und dramatische Entwürfe, über die er längst verfüge, harrten der Ausarbeitung und drängten ihn, seine schöpferische Kraft ihnen voll und ganz zu widmen. Er müsse also gehen und er wolle auch gehen. Das sagt Wilbrandt selbst, und es ist auch zweifellos wahr. Aber es enthält doch nicht die vollständige Wahrheit. Denn zu diesen dichterischen Motiven gesellen sich noch andere, die mit der Poesie wenig oder nichts gemein haben, sondern höchst realer Natur sind. Sie bestehen in „Frictionen" und Kompetenzstreitigkeiten. Das Verhältniß zwischen Wilbrandt und der General-Intendanz ist äußerlich stets ein untadelhaftes gewesen, aber „hinter den Kulissen" hat es an den mannigfachsten Differenzen längst nicht gefehlt. Wilbrandt sollte als Direktor nach seinem Vertrage über Engagement und Entlassung der darstellenden Kräfte das unbeschränkte Verfügungsrecht besitzen, während er thatsächlich nur zu oft erfahren mußte, daß in der fraglichen Richtung doch nur das geschehen dürfe, was die General-Intendanz will. Wilbrandt wollte beispielsweise Fräulein Heese nicht entlassen, aber die General-Intendanz wollte die Künstlerin nicht behalten. Wilbrandt wünschte nicht das Engagement der Frau Schratt, aber die General-Intendanz wünschte diese Künstlerin dem Verbande des Burgtheaters anzugliedern. Gleiches geschah in mehreren anderen Fällen. Nun muß man gestehen, daß Wilbrandt gerade in dieser Beziehung manchmal einseitig war, um nicht mehr zu sagen. Seine Aversion gegen die liebenswürdige Frau Schratt, die sich im Handumdrehen die vollste Gunst des Publikums eroberte und eine vortreffliche Naive ist, erscheint kaum begreiflich und läßt sich einzig und allein durch persönliche Antipathie erklären. Aber prinzipiell steht die Thatsache fest, daß Wilbrandt häufig schier ohnmächtig war und als Direktor sozusagen mit gebundenen Händen zuschauen mußte, daß das Gegentheil von dem geschah, was er wollte. Aehnlich ging es ihm auch in künstlerischer Hinsicht.

Daß es so gekommen ist, daran hat aber auch Wilbrandt selbst ein vollgerüttelt Maß von Schuld auf sich zu nehmen, erstens weil er es von Anfang an unterlassen hat, seine Selbstständigkeit zu bewahren, was ihm bei nur einiger Energie sicher gelungen wäre, zweitens weil er sich von persönlichen Stimmungen nicht frei zu halten wußte, und drittens, weil er sein Programm nicht allzu getreulich durchgeführt hat. Nach der Uebernahme der Direktion (1. Dezember 1881) ließ er lange die Dinge gehen, wie sie wollten; er kämpfte kaum gegen die Einflußnahme der Intendanz an, so daß es damit, als er es endlich thun wollte, schon zu spät geworden war. Was seine persönlichen Stimmungen anbetrifft, so ist eben bereits erwähnt, daß er Antipathien gegen Künstler und Künstlerinnen allzu großen Spielraum gewährte. Eine geradezu unbegreifliche Aversion hatte er gegen einige junge hübsche Schauspielerinnen. In dieser Hinsicht mußte bei ihm oft der praktische Sinn des Direktors vor den vorgefaßten Ansichten und Imaginationen des Poeten in den Hintergrund treten. Sein Programm endlich hat er insofern nicht vollständig durchgeführt, als er die Trivialität und die Unwahrheit vom Burgtheater nicht fernhielt, indem er französische Bühnenwerke voll dieser bösen Eigenschaften und noch Schlimmerem aufführte, und als er auch das Defizit zu bannen nicht im Stande war. Auf dieses letztere Moment zumal ist das Gewicht zu legen.

Wenn man jetzt halb bedauernd, halb verwundert sagen hört, Wilbrandt werde als Direktor nicht einmal mehr die Uebersiedelung vom alten ins neue Burgtheater mitmachen, so liegt vielleicht gerade darin einer der Erklärungsgründe für das jetzige Gehen Wilbrandts. Denn im neuen Hause muß das Defizit noch um Vieles größer sein, als im alten. Wenn nicht die schon sehr theuern Preise noch ganz bedeutend erhöht werden oder wenn der Kaiser die Subvention nicht mindestens um fünfzigtausend Gulden jährlich erhöht, ist schlechterdings nicht abzusehen, wie man im neuen Burgtheater das Auskommen wird finden können. Hält man diese Thatsachen mit den oben geschilderten Verhältnissen und mit dem dringenden Verlangen Wilbrandts zusammen, sich wieder seiner dichterischen Thätigkeit hingeben zu können, so wird man sehr wohl begreifen, daß und warum Wilbrandt regierungsmüde ist und sich zurückziehen will.

Aber trotz alledem und alledem ist Wilbrandts Rücktritt zu bedauern. Fehlerfrei ist Niemand, und im Großen und Ganzen hat Wilbrandt sich sehr bedeutende Verdienste erworben. Selbst dort, wo er geirrt, verleugnete sich niemals sein durchaus vornehmes Naturell. Ehrliches Streben, feines literarisches Verständniß und aufopfernde Hingebung werden ihm nicht einmal seine Gegner, zu denen wir durchaus nicht gehören, bestreiten können. Man muß Wilbrandt das Zeugniß geben, daß unter seiner Direktion das Burgtheater an seiner Bedeutung nicht nur nichts verloren, sondern eher gewonnen hat, und daß seit Heinrich Laube ein tüchtigerer Direktor als Wilbrandt am Burgtheater nicht vorhanden war. Uebrigens weiß jeder Unterrichtete, daß dem Schaffen eines Burgtheater-Direktors, wie immer er heißen möge, durch eigenthümliche und nicht näher zu schildernde Verhältnisse gewisse Grenzen gezogen sind, über welche hinwegzusetzen auch energischeren und kampfeslustigeren Naturen als diejenige Wilbrandts kaum möglich ist. Derlei giebt es ja bei allen großen Theatern und bei einem großen Hoftheater ganz besonders. Das wird man auch, wenn die Zeit kommt, die Bilanz der Wilbrandtschen Direktion zu ziehen, nicht außer Acht lassen dürfen, wenn man anders gerecht gegen den feinsinnigen Poeten sein will.